

Wer sind wir und was machen wir ?

Im Berliner Bündnis für soziale Grundrechte - Stoppt die Hartz -Gesetze (Anti-Hartz-Bündnis) wirken verschiedene Initiativen, Gruppen und auch Einzelpersonen mit, deren gemeinsames erklärtes Ziel es ist, die gesamten Hartz-Schweingereien nicht unwidersprochen hinzunehmen.

Wir haben uns am 20.10.2002 gegründet, um :

- Über die Folgen von Hartz zu informieren
- mittels Protestaktionen + Widerstand auf die Rücknahme der Gesetze hinzuwirken
- um dieser rigiden rot-grünen Arbeitsmarkt- und Sozialreform solidarisch entgegenzutreten

Wir treffen uns immer sonntags, jeweils 14-tägig ab 17.00 Uhr in der Yorckstrasse 59 / Ecke Katzbachstrasse im 2. Stock im Hinterhaus

Die nächsten Treffen sind am 08.08.04 + 22.08.04.

Fahrverbindungen: U + S-Bahn Yorckstrasse bzw. S-Bahn Großgörschenstr. (U7 ; S2, S25, S26); Bus 119

Kontakt: Berliner Bündnis für soziale Grundrechte-stoppt die Hartz-Gesetze , Yorckstrasse 59, 10965 Berlin oder info@anti-hartz.de unsere Homepage: www.anti-hartz.de

Vorsicht ALG II !



Die Regierenden preisen die Zusammenlegung von Arbeitslosen und Sozialhilfe durch Hartz IV zum 1. Januar 2005;

Nur schade, dass

- dadurch keine neuen Arbeitsplätze geschaffen werden und schon gar keine von denen man vernünftig leben kann. (Im Gegenteil: bestehende Arbeitsverhältnisse sind gefährdet, weil billigere Erwerbslose die Arbeit erledigen sollen)
- ein massiver Anstieg der Armut zu erwarten ist und die Altersarmut bereits vorprogrammiert ist
- eine Erhöhung der Zahl von Räumungsklagen und damit auch der Obdachlosen zu befürchten ist
- Familienmitglieder in unanständiger Weise für die in Notlage geratenen Angehörigen zur Kasse gebeten werden können

Wenn Sie nicht den Regierenden in die gesellschaftspolitische Steinzeit folgen wollen, dann lassen sie uns gemeinsam aktiv werden, z. B. im „**Berliner Anti-Hartz-Bündnis**“.

Hartz IV – nicht mit mir !

Mit der **Berliner Kampagne gegen Hartz IV** rufen wir auf zum aktiven Widerstand.

Wir wehren uns gegen die praktische Abschaffung der Arbeitslosenhilfe und damit die Absenkung der Leistung auf Sozialhilfeniveau und sogar darunter.

Wir wenden uns gegen die Vertreibung von MieterInnen aus ihrem angestammten Kiez, die zwangsläufig aus der vollkommen unzureichenden Übernahme der Miete resultiert.

Wir wehren uns gegen die Ankündigung der Arbeitsagentur, Erwerbslose unter Androhung von Leistungskürzung oder -streichung zu niedrigst bezahlten Arbeitsdiensten (1,- €) zwingen zu wollen. Dies würde nicht nur das Lohnniveau der tarifgebundenen Arbeitsplätze, sondern sogar der Billigjobs bei der PSA (Personalserviceagentur) unter Druck setzen.

Wir wenden uns gegen die Entwertung der Qualifikation von Erwerbslosen durch die verschärften Zumutbarkeitsregelungen.

Wir wehren uns gegen das Vorhaben, Verwandte und Mitbewohner von erwerbslosen ALG II - BezieherInnen finanziell in „Sippenhaft“ zu nehmen und die „Bedarfsgemeinschaft“ neu zu definieren.

Wir wenden uns gegen die Einbeziehung der Lebensversicherungen in die Vermögensanrechnung, da dies zu Altersarmut führt.

Wir wehren uns gegen die massive Datensammlung im Zusammenhang mit der Bewilligung des ALG II, welches einem „Hosen runter lassen“ gegenüber dem Staat gleichkommt.

Wir wenden uns gegen die Enteignung erworbenen Ansprüchen.

Hartz IV – die Armutsfalle.

Betroffen sind wir alle

Erwerbslose	u.a. durch massive Einschnitte bei den gezahlten Leistungen, ob ALG II oder Sozialgeld oder Wohngeld
Erwerbstätige	durch die Zunahme von Lohnsenkungen, Kündigungen, Arbeitszeitverlängerung, und Entsolidarisierung durch Billigarbeitskräfte über die PSA
Selbständige	die für ihre Produkte und Dienstleistungen Absatzschwierigkeiten zu erwarten haben, da mit der steigenden Armut ein weiterer Kaufkraftverlust einhergeht.
RentnerInnen	auch sie müssen mit einer geringeren Rente rechnen, da durch die stetig sinkenden Löhne auch immer weniger Geld in die Rentenkasse fließt
SchülerInnen & StudentInnen	droht ein weiterer Abbau bei der kommunalen Infrastruktur, ob bei Studiengängen oder im Freizeitangebot
Kommunen	die Einführung des ALG II wird voraussichtlich (doch) zu erhöhten finanziellen Aufwendungen der Städte und Gemeinden führen, die sie durch Ausgabenkürzungen begleichen werden
Banken & Konzerne	die als Gewinner der sogenannten Reformen Extraprofite einfahren; sie sind die eigentlichen Profiteure von Hartz IV